

29. April 2019

## **Stellungnahme zur Bürgerinitiative #FAIRÄNDERN (54/BI)**

Wir haben uns eingehend mit den Forderungen der parlamentarischen Bürgerinitiative #FAIRÄNDERN befasst und beziehen hiermit Stellung dazu.

Viele der anderen Pro-Choice-Stellungnahmen legen bereits überzeugend Daten und Fakten zum Thema dar. Wir möchten besonders jene von Mag.<sup>a</sup> Petra Schweiger und DDr. Christian Fiala (75/SBI) sowie jene von Amnesty International (94/SBI) hervorheben, denn sie zeigen deutlich auf, dass die Forderungen der Bürgerinitiative nicht dem erklärten Ziel der Senkung der Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich dienen. Außerdem wird klargestellt, dass die Forderungen aus menschenrechtlicher Perspektive nicht umgesetzt werden dürfen. Dem schließen wir uns an.

Die Frage, die sich uns darüber hinaus aufdrängt, ist eine grundsätzliche: Wie wollen wir als Gesellschaft auf Frauen blicken? Von welchem Frauenbild wollen wir uns als Gemeinschaft im politischen und alltäglichen Miteinander leiten lassen?

In einer offenen und solidarischen Gesellschaft, in denen Personen aller Geschlechter gleichberechtigt miteinander leben und sich entfalten können, ist der Wert der Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein entscheidender. Es ist ein Menschenrecht, selbstbestimmt über Sexualität, Schwangerschaft und Geburt zu entscheiden und damit das Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit wahrzunehmen. Dieses grundlegende, ja existentielle Recht gilt es unbedingt zu schützen.

Darüber hinaus müssen Frauen in ihrer Entscheidungsfähigkeit anerkannt und ernst genommen werden. Die Forderungen der Initiative, besonders jene einer Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs und einer ärztlichen Hinweispflicht auf Unterstützungs- und Beratungsangebote, implizieren hingegen ein starkes Misstrauen in die Fähigkeiten von Frauen, sich zu informieren, Entscheidungen zu treffen und mündig und selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten. Ist die höchstpersönliche Entscheidung einer Frau zu einem Schwangerschaftsabbruch gefallen (und dies ist zum Zeitpunkt des Aufsuchens einer Ärztin meist der Fall), ist sie ernst zu nehmen und bedingungslos zu akzeptieren. Eine gesetzlich vorgeschriebene Bedenkzeit zu fordern, verringert allfälligen Druck von außen nicht, kann diesen im Gegenteil sogar deutlich erhöhen.

Auch die Forderung einer Informationskampagne über Adoption und Pflege als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch erhöht den Druck auf Frauen in einer Notlage weiter, indem eine moralische Verpflichtung zum Austragen des Fötus konstruiert wird. Dies empfinden wir als unmenschlich, unwürdig und erniedrigend, besonders, wenn man die mit einer Schwangerschaft einhergehenden körperlichen und psychischen Belastungen bedenkt, die sich zudem belastend auf die Entwicklung des Fötus auswirken können.

Als besonders problematisch empfinden wir es, wenn Frauen, die sich für eine Spätabtreibung eines Fötus mit einer schweren Behinderung entscheiden, „eugenisch“ motiviertes Handeln unterstellt wird, wenn gleichzeitig die Inklusion beeinträchtigter Personen in die Gesellschaft nicht vorangetrieben wird, beeinträchtigte Kinder in ihrer schulischen Entwicklung nicht ausreichend unterstützt und wichtige Unterstützungsformate eingespart werden.

Zu einem „Ende der Diskriminierung von Kindern mit Behinderung“ tragen weder derartige Sprechens noch die Forderung nach einem Verbot von Spätabbrüchen aufgrund der embryopathischen Indikation bei. Diskriminierung beendet würde durch eine tatsächliche Inklusion beeinträchtigter Personen in alle Lebensbereiche und die bedingungslose Unterstützung aller Eltern beeinträchtigter Kinder. Das Gegenteil ist aktuell der Fall.

Insgesamt führen die Forderungen der Bürgerinitiative dazu, Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, zu stigmatisieren und zu kriminalisieren. Und sie führen zu einer Reinstallation patriarchaler Verhältnisse, in der der Frau das Selbstbestimmungsrecht entzogen wird und andere für und über sie entscheiden. In einer auf gegenseitiger Wertschätzung und Anerkennung aufbauenden Gesellschaft darf dies keinen Platz haben.

Wir fordern daher klar, die Forderungen der Initiative nicht umzusetzen. Stattdessen schließen wir uns den bereits vorliegenden Stimmen an, welche die Umsetzung wichtiger Präventionsmaßnahmen fordern.

Bessere Bedingungen für Frauen, (werdende) Mütter und behinderte wie nicht behinderte Kinder sind auch aus unserer Sicht essentiell – sie lassen sich durch flächendeckende und qualitativ hochwertige Aufklärung, die kostenlose Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln, besonders von wirksamen Langzeitverhütungsmethoden, sicheren und einfachen Zugang zu medizinischer Versorgung (inklusive von den Krankenkassen getragener Schwangerschaftsabbrüche) und die finanzielle Absicherung von Existenzen erreichen.

Die Entscheidung über den Verlauf des eigenen Lebens, ob Mutterschaft angestrebt wird oder nicht, bleibt aber eine höchstpersönliche. Es gilt Frauen in ihrer Entscheidungsfähigkeit anzuerkennen und ernst zu nehmen!

Margareth Tumler MA, dzt. im Fachspezifikum Integrative Therapie (Psychotherapie)

Mag.<sup>a</sup> Gabriele Burgsteiner, Unternehmensberaterin, Supervisorin, Hochschul-Lehrende

Mag.<sup>a</sup> Sabine Mellberg, Kommunikationswissenschaftlerin, Montessori-Pädagogin, dzt. im Fachspezifikum Integrative Therapie (Psychotherapie)

Manuel Rieder, Kinderbetreuer

Michaela Stückler BA, Grafikerin

Alexandra Benold, dzt. im Fachspezifikum Integrative Therapie (Psychotherapie)

HS-Prof. Ing. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Harald Burgsteiner

Mag.<sup>a</sup> Karin Goditsch, Klinische Psychologin und Psychotherapeutin (Katathym Imaginative Psychotherapie), Dozentin

OStr. Mag.<sup>a</sup> Maria Stückler, AHS-Lehrerin a.D.

Jeannette Götzl, Unternehmerin im Bereich Sozial- und Lernbetreuung, Trainerin, dzt. im Fachspezifikum Integrative Therapie (Psychotherapie)

Markus Mestel BA, Sozialpädagoge

Elisabeth Thonhauser BA, Sozialarbeiterin

Mag. Peter Holzer, Klinischer und Gesundheitspsychologe

Renata Lima MA, Klavierpädagogin

Marion Lisy, dzt. im Fachspezifikum Integrative Therapie (Psychotherapie)